52. Jahrgang. № 308. Mittwoch, 6. November 1907.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (ohne Sonntags- und Montagnummer) einmal 2.00 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3.00 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 2 Mk. (ohne Bestellgeld). Sie bei Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher gegriffenen Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig geliefert. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: Nr. 11 und 2006.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 6 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 60 Pf. Bei Sonntags- und Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familiennachrichten die 6 unterste Zeile 20 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pfennige.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

**Enthaarung** im Gesicht und an den Händen auf schmerzlosem Wege erreicht man mit „Depil"-Enthaarungsmittel in wenigen Minuten. Unschädlich für die Haut. Fl. m. Anweis. M. 1.50, bei Einsend. v. M. 1.75 frko. Depot: Löwen-Apotheke, Dresden.

**Raucht** PATENT STROHMUNDSTÜCK CIGARETTE von 3 Pfg. an
**Egyptian Cigarette Company**
Cairo. — Berlin W. 64. — Frankfurt a./M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber, Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Kinder bekommen es nie überdrüssig. **Cacaol** Das Beste für den Magen. In allen einschlägigen Geschäften zu haben.

**Techn. Gummiwaren**
für alle Arten Betriebe.
Dichtungen, Gasbeutel, Schläuche, Transportmäntel etc. etc.
Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik,
Dresden-A., Wettinerstrasse 26. Telephon 289.

**Schwerhörige** erhalten den neuen illustrierten Spezial-Katalog über Hörrohre gegen Einsendung von 50 Pfg. franko zugesandt. **Carl Wendschuchs Etablissement** Struvestrasse 11. Sonntags nur von 11—1 Uhr geöffnet

## Für eilige Leser.

**Mutmaßliche Witterung:** Kalt, neblig.

Ein Dekret an die Stände betrifft die Ueberlassung der Schillingschen Figurengruppen an der Brühlschen Terrasse an die Stadt Chemnitz.

Das Allgemeine Ehrenzeichen erhält von jetzt an die Bezeichnung „Ehrenkreuz", dem zur Erhöhung der Auszeichnung noch eine Krone beigefügt werden kann.

Der Kaiser hat seinen Besuch in Holland aufgeschoben, da er zuvor einen Erholungsaufenthalt auf der Insel Wight nehmen will.

Die Kaiserin hat wegen Erkrankung der Braut des Prinzen August Wilhelm die Mitreise nach England aufgeben müssen.

Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika v. Rechenberg wird dem Staatssekretär Dernburg im Reichstag zur Seite stehen.

Die Bildung katholischer Kriegervereine wird von den Ultramontanen jetzt energisch betrieben.

Maximilian Harden wird den in Berlin angekündigten Vortrag über seinen Prozeß nicht halten.

Kriegssekretär Taft hat seine Absicht, nach Europa zu reisen, aufgegeben.

In Tokio findet 1912 eine Weltausstellung statt.

## Der englische Eisenbahnerausstand

erscheint nach dem mit überwältigender Mehrheit gefaßten Beschlusse des Gewerkschaftsverbandes der Eisenbahner, unbedingt auf der Forderung der Anerkennung des Verbands durch die Eisenbahngesellschaften zu beharren, kaum noch abwendbar, nachdem die Direktionen einmütig und in bestimmtester Form erklärt haben, daß sie unter keinen Umständen sich auf die Bewilligung dieses Verlangens in irgend einer Form einlassen würden. In der Tat beherrscht die Frage der Anerkennung der Organisation der Eisenbahner durch die Verwaltungen den ganzen Streit. Die wirtschaftlichen Gesichtspunkte treten dahinter fast vollständig zurück, und der Kampf um die Macht gibt dem Ausstande genau denselben Charakter einer „Kraftprobe", wie sie bei uns zu Lande von der Sozialdemokratie bei so zahlreichen Gelegenheiten zum Schaden von Handel und Wandel inszeniert zu werden pflegt.

Um zunächst das nach der gesamten Sachlage minder Wichtige, die wirtschaftlichen Forderungen der Eisenbahnangestellten, vorweg zu nehmen, so kommen hierbei folgende Punkte in Frage: Begrenzung der Arbeitsdauer auf 8 oder 10 Stunden je nach der Art der Arbeit, bestimmte Ruhepausen, Begrenzung der Ueberstunden, höhere Bezahlung der Sonntagsarbeit und eine allgemeine Erhöhung des Wochenlohnes um zwei Schilling. Von seiten der Gesellschaften ist mit Bezug auf die materielle Seite des Streiks darauf hingewiesen worden, daß die finanzielle Lage der englischen Eisenbahnen nicht besonders glänzend sei. Das Anlagekapital in Höhe von 1280 Millionen Pfund Sterling = 25 Milliarden 600 Millionen Mark bringt nur die Hälfte des Reinertrages der preußischen Staatseisenbahnen. Die Verzinsung geht überdies andauernd zurück; sie ist von 4½ Prozent in den siebziger Jahren auf 3½ Prozent in der Gegenwart gefallen. Eine allgemeine Gehaltserhöhung der Angestellten würde daher die Gesellschaften vor die Notwendigkeit stellen, entweder sich mit einer noch geringeren Verzinsung zu begnügen oder eine Tariferhöhung vorzunehmen.

Ueber die wirtschaftlichen Forderungen der Angestellten ließe sich indessen trotz der auch auf diesem Gebiete vorhandenen Schwierigkeiten bei gutem Willen hüben und drüben eine Verständigung erzielen, wenn nicht, wie gesagt, durch die Hineinziehung der Organisationsfrage die Grundlage des Streitfalles verschoben und der Kampf auf die Seite der sozialistischen Machtpolitik hinübergespielt würde. Es gibt in England einen Gewerkverein der Bahnbediensteten, genannt „Amalgamated Society of Railway Servants", der, obwohl nur 100 000 von den insgesamt 360 000 Betriebsangestellten umfassend, nach bekannten kontinentalen Mustern den Anspruch erhebt, als Vertreter des gesamten Eisenbahnpersonals Großbritanniens anerkannt zu werden. Die auf dieses Ziel gerichteten Anstrengungen des Verbandes setzten zuerst im Dezember vorigen Jahres ein, und seitdem ist wiederholt von dem Parlamentsmitgliede Bell, dem Sekretär des Verbandes, an die Verwaltungen das Verlangen gestellt worden, der genannten Organisation das Recht, im Namen aller Eisenbahner Englands Verhandlungen mit den Direktionen zu führen, zuzugestehen. Die verschiedenen schriftlichen Auseinandersetzungen, die aus diesem Anlaß zwischen den beiden Parteien stattgefunden haben, zeigen einen bemerkenswerten Zug tadelloser gegenseitiger Höflichkeit, der bei uns auf dem Kontinent bei ähnlichen Gelegenheiten auf seiten der Vertreter der Arbeiterschaft nur zu oft vermißt wird, was dann wiederum eine entsprechend scharfe Form auch bei den Auslassungen der Arbeitgeber zur Folge hat. Die, wie in der Presse betont wird, „musterhafte Höflichkeit" der beiderseitigen Kundgebungen hat wenigstens so viel ermöglicht, daß die Unterhandlungen fast ein volles Jahr hindurch in Ruhe fortgeführt werden konnten. Auch der letzte Erlaß, worin der Präsident des Verbandes der englischen Eisenbahngesellschaften, Lord Claude Hamilton, namens der von ihm vertretenen Gesellschaften die Unmöglichkeit eines Eingehens auf die machtpolitische Forderung des Eisenbahnerverbandes in der Form eines Ultimatums erklärt, führt eine durchaus ruhige und gemäßigte Sprache. Das Schriftstück betont, die Bahngesellschaften wiesen keineswegs die wirtschaftlichen Forderungen der Angestellten grundsätzlich zurück, sondern sie widersetzten sich lediglich dem Vorgehen eines einzelnen Arbeiterverbandes. „Indem wir das tun," heißt es weiter, „trachten wir nicht nur, die Interessen der Gesellschaften, sondern auch die unserer Arbeiter zu behaupten, deren große Mehrheit dem Gewerkverein nicht angehört, ihm auch nicht angehören will, sondern von uns gegen die tyrannische Herrschaft einer unverantwortlichen Körperschaft beschützt zu werden wünscht, der nicht die wirklichen Arbeiterinteressen am Herzen liegen, sondern die für eigene weiterliegende Sonderziele arbeitet." Mit dieser sachlich-ruhigen Kennzeichnung des eigentlichen Zweckes, den der Gewerkverein der Eisenbahner mit dem Ausstande verfolgt, ist für die Eisenbahngesellschaften eine Richtschnur gegeben, die sie in dem weiteren Verlaufe des Kampfes ohne wesentliche Zugeständnisse von der Gegenseite schlechterdings nicht preisgeben können.

Die liberale Regierung, deren bekannte und oft betätigte Vorliebe für die sozialistische Arbeiterpartei bei dieser Gelegenheit auf eine schwere Probe gestellt wird, befindet sich in einer herben Zwangslage. Auf der einen Seite scheut sie aus taktisch-parlamentarischen Gründen vor einer öffentlichen Stellungnahme gegen die Gewerkschaften, die zugleich bei dem radikalen Teile der liberalen Partei auf Opposition stoßen würde, zurück, während sie gleichzeitig besorgt ist, daß ein weiteres Paktieren mit der Arbeiterpartei ihr Ansehen im Lande ernstlich erschüttern könnte. Die letztere Befürchtung erscheint nach dem Ausfalle der Kommunalwahlen wohl begründet. Der konservative Erfolg, der schon bei den Grafschaftsratswahlen in die Erscheinung trat, ist durch die jüngst vollzogenen Kommunalwahlen noch erheblich verstärkt worden, und es leidet gar keinen Zweifel, daß er in erster Linie auf die Mißstimmung weiter Bevölkerungskreise über das allzu große Entgegenkommen der liberalen Regierung und eines Teils der liberalen Partei gegen die sozialistische Arbeiterpartei zurückzuführen ist. Die Regierung ist daher eifrig bemüht, den Ausbruch des Streiks noch in letzter Stunde zu verhindern. Sie appelliert an beide Parteien mit dem Hinweise, welche verhängnisvollen Folgen für den Handel Englands ein derartiger, bis aufs Messer geführter Kampf nach sich ziehen müßte, und läßt durch die liberale Presse den Direktoren zu Gemüte führen, was für eine gefährliche Sache es wäre, durch Verweigerung der Anerkennung der Gewerkschaft der Eisenbahnangestellten allen Gewerkschaften den Fehdehandschuh hinzuschleudern. Man kann aus derartigen Aeußerungen, die unter einer konservativen Regierung in der konservativen Presse ganz unmöglich wären, ersehen, wie sehr trotz aller Warnungszeichen bei den Wahlen die Gewerkschaften bei der liberalen Regierung immer noch Trumpf sind. Wenn die liberale Presse ferner der Meinung ist, daß ein Sieg der Verwaltungen in diesem Kampfe unwahrscheinlich sein würde, so erklären demgegenüber die Direktoren, daß die den Streiklustigen zur Verfügung stehenden Mittel in keiner Weise ausreichten, um die Kriegskosten auch nur für einige Wochen zu decken, und daß sie im stande sein würden, den Verkehr auf jeden Fall zu zwei Dritteln durch besondere Vorkehrungen aufrecht zu erhalten.

Es fehlt in der öffentlichen Meinung Englands nicht an Stimmen, die angesichts dieser das englische Verkehrsleben so schwer bedrohenden Krise einer Verstaatlichung der Bahnen das Wort reden. Die Ausführung der Maßregel ist freilich ungewöhnlich schwierig, da das Anlagekapital schon jetzt so hoch ist, daß sich das Geschäft für den Staat kaum noch lohnen dürfte; überdies steigert sich natürlich die Unrentabilität immer mehr, je länger die Verstaatlichungsaktion hinausgeschoben wird. Auf jeden Fall aber ist es interessant, zu beobachten, wie die mit dem freien, allzu freien Spiel der Kräfte verbundenen sozialen und wirtschaftlichen Mißstände, die eine unvermeidliche Wirkung der Anschauung von der unbedingten Unzulässigkeit einer staatlichen Einmischung in das unbeschränkte Schalten und Walten der privatwirtschaftlichen Faktoren bilden, endlich auch in den beiden bisherigen klassischen Ländern dieses Prinzips, in Amerika und England, einen langsamen Umschwung der Ansichten zu gunsten eines gewissen Staatssozialismus herbeiführen.

## Neueste Drahtmeldungen vom 5. November.

Berlin. (Priv.-Tel.) Reichskanzler Fürst Bülow hatte in den letzten Tagen mehrfach sowohl mit dem Kaiser, als auch mit den Führern der Blockparteien längere Besprechungen, die sich vornehmlich mit den dem Reichstag zugedachten Gesetzen und der Enteignungsvorlage befaßten. Man hofft, mit dem Vereins- und Börsengesetze im Reichstage keinen großen Schwierigkeiten zu begegnen, nachdem man den Parteien der Rechten und Linken in beiden Gesetzen Konzessionen gemacht hat.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kronprinz von Schweden trifft heute abend in Berlin zur Teilnahme an der Gustav Adolf-Feier ein. Morgen fährt der Kronprinz mit der Offiziersabordnung und dem schwedischen Gesandten im Sonderzug 8 Uhr früh nach Lützen, wo gegen 70 000 Teilnehmer erwartet werden. Die Stadt Oerebro stiftete einen übermannsgroßen Kranz mit silberner Platte. Die Feier in Lützen besteht in der festlichen Einweihung der Kapelle über dem Schwedenstein durch den schwedischen Erzbischof Ekman und den Generalsuperintendenten Jakobi. Am Abend kehren alle Festteilnehmer nach Berlin zurück. Der Kronprinz nimmt im Königlichen Schlosse Wohnung. Am Donnerstag wohnen die schwedischen Offiziere als Gäste des Kaisers der Rekrutenvereidigung bei.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Einberufung des preußischen Landtags ist, halbamtlicher Mitteilung zufolge, für einen Tag der letzten Novemberwoche zu erwarten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Unterstaatssekretär des Reichskolonialamtes v. Lindequist, der gestern die Leitung des Reichskolonialamtes übernahm, erklärte einem Interviewer, über die allgemeine Lage in Südwestafrika sich vorläufig noch nicht äußern zu können. Im allgemeinen glaubte er sie als günstig bezeichnen zu können. Er hoffe, daß dieses Schmerzenskind der Verwaltung nunmehr einer guten Zukunft entgegengehe. Simon Copper, der sich auf englischem Gebiet befindet, ist wohl in der Lage, Unannehmlichkeiten zu bereiten, jedoch bedeutet er durchaus keine Gefahr mehr für Südwestafrika. Die Hafenverhältnisse in Swakopmund hätten sich jedenfalls nicht verschlechtert. Man erwäge, wie weit eine Verbesserung erforderlich und mit nicht allzu hohen Anforderungen an den Staatssäckel durchführbar sei. Geschehen müsse etwas. Der Weg über den einzigen noch vorhandenen Hafen des Schutzgebietes, Lüderitzbucht, sei ein zu großer Umweg, um so mehr, als die im Bau befindliche Bahnlinie von da nach Keetmannshoop noch einer Verbindungsbahn nach Windhuk harre. Der Bau dieser letzteren würde zwar jetzt noch nicht, aber noch in nicht allzuferner Zeit als eine zwingende Notwendigkeit zu betrachten sein.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Prozeß Moltke-Harden läuft heute die Berufungsfrist ab. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist die Berufung gegen das schöffengerichtliche Urteil eingelegt worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der bisherige Kaiserliche Ministerresident in Havana, Dr. v. Humbracht, ist behufs anderweiter dienstlicher Verwendung von seinem Posten abberufen und zu seinem Nachfolger der derzeitige deutsche Delegierte bei der internationalen Finanzkommission in Athen, Legationsrat v. Eckardt, ernannt worden. — Für den durch Pensionierung des Grafen v. Plessen-Cronstern demnächst freiwerdenden Gesandtenposten in Stuttgart ist der bisherige Gesandte in Weimar v. Below-Nuhau und als Nachfolger des letzteren in Weimar der derzeitige Generalkonsul in Budapest Graf Bodo v. Wedel in Aussicht genommen. — Als Nachfolger des Unterstaatssekretärs v. Mühlberg, der zum Gesandten am Vatikan ausersehen ist, wird der derzeitige Gesandte in Teheran Dr. Stemrich genannt.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Nachricht, Deutschland habe als erster Staat seine Bereitwilligkeit zur Beteiligung an der Weltausstellung in Tokio zugesagt, wird als unzutreffend bezeichnet. Die offizielle Einladung der japanischen Regierung zur Beteiligung an einer Weltausstellung im Jahre 1912 ist allerdings eingegangen, jedoch ist noch keine Entschließung darüber gefaßt, da zunächst die zuständige Kommission für Ausstellungswesen zur Prüfung und Begutachtung der Frage aufgefordert worden ist. Man muß, bemerkt die „Voss. Ztg.", damit rechnen, daß in den Kreisen der deutschen Industrie wenig Neigung zu einer Beteiligung an der Ausstellung besteht, zumal in der Zwischenzeit auch in Italien und Belgien internationale Ausstellungen geplant sind. Hingegen darf man annehmen,

SLUB Wir führen Wissen.